Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Kilfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Sammel-Nummer 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin C 25 61, Zeile-Wilhelm-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Bezug ist nur auf Grund besonderer Zustimmung gestattet. Bestellung jeweils 4 Wochen vor dem Quartalsende, wenn nicht schon vorher erledigt. Bezugspreis für halbe Zeile 10 Pfennig.

Berlin, den 21. Nov. 1931.

Soz. Geschiedenis Amsterdam

Wiederum Lohnsenkung ?

Veröffentlichung des Wirtschaftsprogramms Ende der Woche.

SPD. Der Wirtschaftsbeirat hat am Sonntag und Montag seine Verhandlungen abgeschlossen. Sie dienten der Vorbereitung eines Programms, durch das die Regierung versuchen will, Wirtschaft und Arbeitsmärkte zu reorganisieren. Mit der Veröffentlichung dieses Programms ist Ende dieser Woche zu rechnen.

Inwieweit die Regierung auf die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat zurückgreifen wird, ist ihre Sache. Sie hat sich, wie sie selbst in einem Communiqué gesagt hat, während dieser Verhandlungen der Initiative enthalten. Sie übernimmt die Verantwortung für ihr Programm. Und anders kann es nicht sein. Aber die Reichsregierung hat durch die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates sicherlich einen tiefen Blick in die Verhältnisse getan, wie sie wirklich sind. Ein Ausschnitt unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist während der Verhandlungen an den Mitgliedern der Reichsregierung vorbeigerollt. Industrie, Arbeiterschaft, Handel, Bankgewerbe, Landwirtschaft und Handwerk haben vorgetragen, was ihrer Meinung nach getan werden muss. Sie haben sicherlich dabei kein Blatt vor den Mund genommen. Die Meinungen sind stark aufeinander geplatzt.

Während der Verhandlungen gab es einen kleinen Betriebsunfall. Die Landwirtschaft tat nicht mehr mit, weil man ihr keine Extrawurst braten wollte und die Pläne einer hemmungslosen Agitation, die auf Zinsverbilligung, Zinskonversionen und auf ähnliche schöne Dinge abgestellt ist, ablehnte. Die Zinsen in Deutschland sind hoch. Sie belasten die Produktion. Ihre Senkung muss versucht werden im Rahmen unserer ganzen Finanzlage. Ein gesetzlicher Eingriff würde ja einigen bankrotten Grosslandwirten sicherlich willkommen sein, aber schon der gesamten Landwirtschaft nicht dienen. Ein solcher Verzweiflungsschritt - und das wäre jeder Eingriff dieser Art - müsste zu Lasten der Sparer gehen, das Sparkapital in Deutschland zerschlagen und die Grundlagen unserer Produktion vernichten. Es gehört schon allerhand Mut dazu, das zu verlangen, und noch mehr Mut dazu, den Folgen eines solchen Wahnwitzes ins Auge zu sehen. Möglicherweise sind in den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates auch noch andere Dinge dieser Art begraben worden. Wir können uns z.B. vorstellen, dass man mit Hilfe von Reichsbankkredit Arbeitsprogramme finanziert. Wir halten es aber erforderlich, dass man auf jeden Fall vor der Grenze Halt macht, wo die Inflation anfängt. Man wird Arbeitsprogramme Zug um Zug, z.B. soweit Löhne und Rohstoffauslagen in Frage kommen, durch Ausweitung des Reichsbankkredits finanzieren können. Man wird sich aber davor zu hüten haben, dass man durch eine Vermehrung unseres Zahlungsmittelumlaufs um Milliarden eine wüste Inflation einleitet, deren Ende gar nicht abzusehen ist.

Als der Wirtschaftsbeirat zusammentrat, hat der Reichspräsident an den Reichskanzler einen Brief gerichtet, in dem das kommende Wirtschaftsprogramm wie folgt gekennzeichnet wird: "Es sollen Massnahmen sein, wirtschaftlich wirksam und sozial gerecht, Massnahmen, die zur Verminderung des Erwerbslosenheeres beitragen, die Gestehungskosten und die Kosten der Lebenshaltung senken." Das

kann jeder unterschreiben. Und das sollte ein Wort sein, an dem es nichts zu rütteln gibt.

Eigentlich müsste alles, was wirtschaftlich wirksam wäre, auch sozial gerecht sein. Aber hier schwanken die Begriffe und die kapitalistische Welt ist niemals eine vollkommene Welt gewesen. Richtig ist, dass man die Wirtschaft in dem Masse ankurbeln kann, wie sich Kapital bildet. Es ist aber ein sehr grosser Unterschied, ob sich dieses Kapital bei einzelnen Grosskonzernen und bei einzelnen Grossaktionären bildet oder bei der Gesamtheit des Volkes, ob man die breiten Massen an dem Mehrertrag unseres Wirtschaftsapparates, den der deutsche Arbeiter durch die während der letzten Jahre eingetretene Leistungssteigerung erzielt, beteiligt oder nicht, ob es die soziale Gefahr der berüchtigten Zehntausend der besitzenden Klasse gibt, die ein unzufriedenes Lumpenproletariat schaffen, oder Massen, die am Wohlstand der Nation entsprechend ihrer Arbeitsleistung partizipieren und Bildner jenes Sparkapitals sind, das jede gesunde Wirtschaft zu ihrer Entwicklung braucht. Schliesslich geht es ja um diese Fragen. Und diese Fragen sind Fragen des Bestandes der Nation.

Die deutsche Arbeitgeberschaft verlangt mit dem kommenden Wirtschaftsprogramm einen generellen Lohnabbau. Man spricht davon, dass man die Löhne auf den Stand von 1927 zurückführen will, weil der Lebenshaltungsindex ungefähr auf dem Stand des genannten Jahres liegt und der Lohnindex darüber. Diese Rechnung vergisst, dass gerade in den Jahren nach 1927 sich die Leistung des deutschen Arbeiters stark gesteigert hat. Sie vergisst auch, dass gerade in den Jahren nach 1927 die Anpassung der nach der Inflation äusserst tief liegenden Löhne an die steigenden Preise erfolgte. Vergisst schliesslich, dass kaum noch ein deutscher Arbeiter im Genuss eines Einkommens ist, das dem Lohnindex entspricht, vergisst den Abbau der Akkordverdienste, die Kurzarbeit und anderes mehr. Die Regierung will durch die Formal ausgleichen, dass mit den Löhnen die Preise abgebaut werden sollen. Sicherlich, man wird die hohen Zölle auf die Lebensmitteleinfuhr nicht aufrecht erhalten können. Man wird an den Kartellpreisen und an dem Unfug der Markenartikel nicht vorbeigehen dürfen. Wir halten derartige Massnahmen im Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung für ganz selbstverständlich, schon um der Wirtschaft durch angemessenere Preise neuen Antrieb zu geben. Massnahmen z.B. gegen die Markenartikel würden auch zweifellos das Preisniveau bei uns drücken. Aber selbst wenn man an das Problem der Mieten heranginge und endlich den Abbau der Fahrpreise und der überhöhten Gas-, Wasser- und Elektrizitätstarife in Angriff nähme, würde das für die Lebenshaltungskosten nicht eine derartige Senkung bedeuten, die dem verlangten Lohnabbau von 15 und mehr Prozent entspräche. Man würde nur die Kaufkraft vermindern, die Umsätze weiter reduzieren, die Aufträge dezimieren, die Arbeitsmärkte noch mehr mit Menschen, die keine Arbeit haben, bevölkern und schliesslich nur die Krise verschärfen. Diese Senkung der Gestehungskosten wird die Erwerbslosenheere nicht verringern, was der Reichspräsident aber in seinem Schreiben versprochen hat. Das wäre eine Massnahme, die man nicht als sozial gerecht bezeichnen kann. Auch nicht als wirtschaftlich wirksam.

Wir stehen angesichts der Ereignisse in England einer neuen Welle des Protektionismus gegenüber. Die Wirtschaften in der Welt werden sich weiter isolieren. Der Welthandel wird weiter zurückgehen. Die Industrien in Deutschland, die Absatz im Auslande finden, werden mit Ausfällen rechnen müssen und sie können dafür nur Ersatz im Binnenlande finden. Ersatz kann aber hier nur gefunden werden, wenn man die Kaufkraft nicht weiter malträtiert, sondern daran geht, sie wieder aufzuforsten. Aufträge müssen wieder für die Industrie geschaffen werden, damit der Industrieapparat wieder ausgenutzt werden kann. Kaufkraft ist nötig, nicht Lohnreduzierungen, die die Produktion vermindern und verteuern.

Hier muss das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung anknüpfen. Es gibt keinen anderen Weg, der dem Wort des Reichspräsidenten gerecht wird, der dem deutschen Volke in der neuen Notverordnung wirtschaftlich wirksame und sozial gerechte Massnahmen versprochen hat.

SPD. New York, 21.November (Eig.Ber.)

Im amerikanischen bürgerlichen Blätterwalde herrscht eitel Freude und Jubel über die wirtschaftliche Erholung der letzten Wochen, aus der ganz besonders gewitzte kapitalistische Publizitätsschwalben bereits den Beginn einer neuen Prosperitätsaera herauszulesen glauben. Wie kann es auch anders sein, wenn der Weizenpreis auf 70 cents pro Bushel, d.h. um über ein Viertel des zu Oktoberbeginn gezahlten Preises steigt, wenn Silber auf ostasiatische Kriegsmeldungen hin eine seit langem nicht mehr dagewesene Hausse durchmacht, wenn die Rohölpreise scharf nach oben zeigen und an den Aktien- und Produktenmärkten wieder einmal eine Tätigkeit herrscht, die als wilde Spekulationsorgie bezeichnet werden muss? Wenn man den poetisch inspirierten Zeitungsmeldungen glauben darf, wurde das Steigen der Rohölpreise in den südwestlichen Petroleumdistrikten mit allgemeinen Freudenausbrüchen und Strassentänzen begrüsst. Wo so viel Genugtuung herrscht, durften auch die Statistiker nicht fehlen, die wieder einmal mit der üblichen Treffsicherheit errechneten, dass durch die Steigerung der Weizenpreise der amerikanische Nationalreichtum um 432 Millionen Dollar gestiegen sei, wovon allein 125 Millionen Dollar auf Rechnung des amerikanischen Farmers komme.

Wird mit solchen Argumenten gearbeitet und Himmel und Hölle aufgeboten, um die amerikanische Bevölkerung in eine neue Wirtschaftshysterie hineinzutreiben, dann bleibt nur übrig, zu warnen und die Dinge auf ihr richtiges Mass zurückzuführen. Die Preisgewinne, so wünschenswert sie auch sein mögen, kommen nur zum geringsten Teile den amerikanischen Farmern zugute; die eigentlichen Verdiener sind eine Handvoll Grosspekulanten in New York und Chicago, die genau wissen, was sie sich und ihren Hintermännern schuldig sind. Die Erntebestände des verarmten und auf Jahre hinaus verschuldeten Farmers sind seit langem abgestossen; wo er wirklich noch Läger hat und sie zum Verkaufe bringt, will das natürlich noch lange nicht sagen, dass er die mit vielem Tamtam ausposaunten Börsen-Spitzenpreise wirklich ausgezahlt bekommt.

Wie unter solchen Umständen von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des amerikanischen Farmers gesprochen werden kann, ist unerfindlich und im übrigen auch nur zum öffentlichen Gimpelfang bestimmt. Natürlich hat die Aufwärtsbewegung der Preise reale wirtschaftliche Hintergründe, darunter in erster Linie die Verknappung der Reservelager und die Bekanntmachung, dass Russland in den nächsten zwei Jahren nur geringe Weizenmengen zu exportieren gedenkt. Die gegenwärtige internationale Wirtschaftslage rechtfertigt nicht den Glauben an eine grundlegende Besserung, noch viel weniger aber an eine Besserung der amerikanischen Wirtschaftssituation, die gewissermassen im Handumdrehen und auf Bestellung erfolgen soll. Hat die wirtschaftliche Erholung, wie die amerikanischen Unternehmer und Spekulanten hervorheben, aber wirklich begonnen, dann ist die amerikanische Arbeiterschaft mehr denn je dazu berechtigt, daraus die logische Schlussfolgerung zu ziehen und sich am Vorabende der neuen Prosperität allen schwebenden und geplanten Lohnherabsetzungen aufs schärfste entgegenzustemmen.

SPD. Die Kommunisten hatten kürzlich wegen des Konflikts in der Mandschurei den Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages beantragt. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses war bisher der nationalsozialistische Abgeordnete Frick, sein Stellvertreter ist der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann. Als der Abgeordnete Frick tagelang zu einer Stellungnahme zu dem kommunistischen Antrag nicht zu bewegen war, hat sein Stellvertreter Scheideman die Fraktionen aufgefordert, ihm mitzuteilen, wie sie zu dem kommunistischen Antrag ständen. Erst daraufhin hat Frick dem Reichstagspräsidenten mitgeteilt, dass er die verlangte Einberufung des Ausschusses ablehne, weil er ein dringliches deutsches Interesse daran nicht zu erkennen vermöge. Ausserdem hat aber

Frick dagegen Verwahrung eingelegt, dass etwa an seiner Stelle der stellvertretende Vorsitzende den Ausschuss einberuft, weil dieser nur bei Behinderung des Vorsitzenden tätig werden könne. Eine solche Behinderung liege nicht vor, auch bestehe nach der Geschäftsordnung keine Verpflichtung zur Einberufung des Ausschusses.

Diese Rechtsauffassung des Herrn Frick ist in jeder Beziehung falsch. Die Nationalsozialisten haben am 16.Oktober das "Verlassen dieses Hauses", also des Reichstags angekündigt. Sie haben zugleich die Arbeit in allen Ausschüssen des Reichstages eingestellt. Es geht selbstverständlich nicht an, dass die Nationalsozialistische Partei nun einfach die Arbeit derjenigen Ausschüsse lahmlegt, in denen sie den Vorsitzenden stellt. Nichtbeteiligung an der Arbeit der Ausschüsse ist selbstverständlich zugleich Verzicht auf die Funktion in den Ausschüssen. Abgesehen davon kann auch ein Vorsitzender das Zusammentreten eines Ausschusses nicht verhindern, wenn der Zusammentritt von grossen Parteien gefordert wird, zumal, wenn das zuständige Ressort der Reichsregierung mit ihm einverstanden ist.

Die sozialdemokratische Fraktion hat jedenfalls auf die Anfrage des Abgeordneten Scheidemann geantwortet, dass sie für die Einberufung des Ausschusses ist, um die mandschurische Frage zu besprechen, und dass sie zugleich wünsche, dass zur Verhinderung weiterer Sabotageversuche der Auswärtige Ausschuss einen neuen Vorsitzenden anstelle des Herrn Frick wählt.

SPD. Dresden, 21.November (Eig.Drahtb.)

S, Krenter, Zigarrenwerke G.m.b.H. in Dresden, die vor einiger Zeit gegründete Gesellschaft, ist mit Passiven von etwa 10 Millionen Mark, den anscheinend nicht sehr hohe Aktiven gegenüberstehen, in Zahlungsschwierigkeiten geraten und strebt ein Moratorium an. In dem Unternehmen arbeiten ausser deutschem etwa vier Millionen Mark amerikanisches und holländisches Geld. Die Grossgläubiger haben dem Zahlungsaufschub bereits zugestimmt, während die kleinen noch Schwierigkeiten machen. Die Gesellschaft, deren Betrieb sich zum grössten Teil in Döbeln befindet, beschäftigt 1500 Arbeiter und Angestellte und arbeitet mit ganz modernen amerikanischen Zigarrenmaschinen. Ihre jetzigen Zahlungsschwierigkeiten sind die Folge antisemitischer Machenschaften ihrer Konkurrenz.

SPD. Die Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Reichstags über das Problem der Pensionskürzung verdienen besondere Beachtung. Am Sonnabend wurde auf der Grundlage des Regierungsentwurfs vom Dezember 1930, in den die bezüglichen Anträge der Fraktionen und die Bestimmungen der Notverordnung vom 6.Oktober 1931 hineingearbeitet werden sollen, die Einzelberatung begonnen. Ohne Widerspruch fand § 1 Annahme, der den Grundsatz ausspricht, dass unter bestimmten Voraussetzungen eine Kürzung der Pension erfolgt. Beim § 2 wurde auf sozialdemokratischen Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volksparteiler beschlossen, auch die Reichsbank und die Reichsbahn den Kürzungsbestimmungen zu unterwerfen.

Ein grundlegender Gegensatz trat zutage bei der Frage, ob für die Pension nur Arbeitseinkommen, wie die Vorlage will, oder steuerbares Einkommen jeder Art, wie die Sozialdemokratie beantragte, in gewissem Masse auf die Pensionen anzurechnen ist. Die Abgg. Morath (DVP) und Laverrenz (Dnat) vertraten den Standpunkt, dass der Pensionsanspruch erfüllt werden müsse ohne jede Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse des Beamten. Es handele sich um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag und die Pension, die ein während der aktiven Dienstzeit aufgespeicherter Gehaltsteil sei, dürfe nicht zu einer Unterstützung für Minderbemittelte gestempelt werden. Demgegenüber machten die sozialdemokrati-

schen Abgg. Dr. Völter und Rossmann geltend, die Pension trage einen ausgesprochenen Versorgungscharakter. Das erkenne auch die Regierungsvorlage und die Notverordnung an, insofern sie eine Kürzung vorsehe, wenn die Versorgung durch ein Arbeitseinkommen sichergestellt ist. Warum aber werde dieser Grundsatz verlassen, wenn die Versorgung auf andere Weise, nämlich durch grösseres Einkommen aus Vermögen, sichergestellt ist. Vom Kabinett Stresemann, in dem die Sozialdemokratie beteiligt war, sei 1923 die Anrechnung auch des Einkommens aus Vermögen bereits durchgeführt, aber zwei Jahre später sei sie wieder aufgehoben worden. Stresemann habe damals selbst ausgeführt, in Notzeiten sei es unerträglich, hohe Pensionen an Ruhestandsbeamten zu zahlen, die ein grosses Privateinkommen haben, gleichviel aus welcher Quelle. Die Notzeit sei heute nicht wenigergross als damals. Darum müsse jetzt auch hier gespart werden, nachdem man bei den kleinen Bezügen der Kriegsbeschädigten und Arbeitslosen bereits radikal gespart habe.

Da von der Regierung noch die Frage aufgeworfen wurde, wie es mit der Anrechnung eines Einkommens der Ehefrau gehalten werden solle, wurde die Abstimmung zurückgestellt. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wurde jedoch ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach eine Kürzung der Pension erfolgen soll, wenn ein Anrechnungseinkommen von 4 000 Mark bezogen wird. Die Vorlage will die Grenze bei 6 000 Mark ziehen. Das Zentrum behielt sich die Stellungnahme bis zur zweiten Lesung vor.

Die Beratung der Pensionskürzungsfrage erfährt nun eine Unterbrechung, da in den ersten Sitzungen der nächsten Woche die Osthilfe zur Beratung kommt.

SPD. Essen, 21.November (Eig.Drahtb.)

In der Nacht zum Sonnabend wurde in Essen-Rellinghausen aus einer Baubude für einen Strassenbau 10 Kilogramm Sprengstoff gestohlen. Für die Ergreifung der Täter wurden 200 Mark Belohnung ausgesetzt.

SPD. Paris, 21.November (Eig.Drahtb.)

Der Völkerbundsrat trat am Sonnabend-Nachmittag um 4½ Uhr zu der zweiten öffentlichen Sitzung seiner Pariser Tagung zusammen. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Frage der Grenzziehung zwischen Syrien und dem Irak, die auf Vorschlag Lord Cecils auf eine spätere Sitzung verschoben wurde, da der englische Aussenminister der Debatte beiwohnen wolle.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung, die Regelung des chinesisch-japanischen Konfliktes, leitete Briand mit einer Rede ein, in der er ausführte, dass die Ratsmitglieder in den geheimen Verhandlungen versucht hätten, eine Methode für die Lösung des Konfliktes zu finden. Der Rat habe auf der Basis des Artikels 11 gehandelt, der von China angerufen worden sei. Die einstimmige Annahme der Entschliessung des Rates vom 30.September behalte also ihre volle Exekutivkraft. Zum Schluss richtete Briand an den chinesischen und den japanischen Delegierten die Aufforderung, sich möglichst kurz zu fassen, um dem Konflikt schnel ein Ende zu machen. Briand sprach die Hoffnung aus, dass beide zur Aufrechterhaltung des Friedens mit dem Rat zusammenarbeiten werden.

Der japanische Botschafter Yoshizawa gab darauf die Erklärung ab, dass seine Regierung bereit sei alles zu tun, um diesen unglücklichen Streik zu regeln. Zur Prüfung der Lage in China, vor allem inbezug auf die Sicherheit der Japaner, schlage sie daher die Entsendung einer Kommission vor. Damit würden in keiner Weise die versprechungen Japans, die Truppen so schnell wie möglich zurückzuziehen, geändert werden. Der chinesische Delegierte Sze erklärte, dass er sich aller Worte und Gesten enthalten werde, die die Lage verschärfen könnten. Die chinesische Regierung könne keine Massnahme, die nicht das sofortige

Aufhören der militärischen Operationen und die Zurückziehung der japanischen Truppen vorsieht, als eine Lösung des Konfliktes ansehen. Er wiederholte, dass auch China bereit sei alles zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu tun, aber es könne nicht darin einwilligen, dass der Rückzug der japanischen Truppen von anderen Bedingungen abhängig gemacht werde. Wenn der Rat glaube, dass es notwendig sei eine neue Versicherung über die Aufrechterhaltung der Ruhe zu erhalten, so werde China jedes Arrangement mit neutraler Zusammenarbeit unter der Obhut des Völkerbundes annehmen. Um die schnelle Räumung der Mandschurei zu erlangen sei China entschlossen, alle Rechte geltend zu machen, die es als Mitglied des Völkerbundes gemäss Artikel 11 oder anderer Artikel beanspruchen könne. Nachdem Lord Cecil erklärt hatte, man könne dem japanischen Vorschlag zustimmen, um genau zu erfahren was in der Mandschurei vorgehe, erklärte der chinesische Gesandte Sze, er würde den japanischen Vorschlag vielleicht annehmen, sobald er ihn genau kenne bezw. Abänderungsvorschläge machen. China werde sich so versöhnlich wie möglich zeigen. Die Hauptsache sei die Zurückziehung der Truppen und das Aufhören der Feindseligkeiten.

Darauf gab der deutsche Delegierte von Mutius eine Erklärung ab, in der er bedauerte, dass sich die Lage in der Mandschurei verschlechtert habe und verlangte, dass eine praktische Lösung getroffen werde. Die ganze Welt warte darauf, dass der Völkerbund dem Konflikt durch eine gerechte Regelung ein Ende macht. Die Existenz des Völkerbundes stehe in dieser Frage auf dem Spiel. Der japanische Vorschlag scheine ihm eine solche Lösungsmöglichkeit zu bieten. Er fordere daher den chinesischen und japanischen Vertreter auf zusammen mit dem Rat eine gütliche Lösung zu suchen.

Die Vertreter Spaniens und Italiens sprachen sich ebenfalls zugunsten des japanischen Vorschlags aus.

SPD. Die Frage der Schwedenerzverträge hat jetzt eine vorläufige Klärung erfahren. Die Dinge liegen hier so, dass die rheinisch-westfälische Eisenindustrie mit schwedischen Grubengesellschaften langfristige Verträge abgeschlossen hat, die bis 1932 bezw. 1943 laufen. Nach diesen Verträgen ist die rheinisch-westfälische Schwerindustrie verpflichtet, bestimmte Mengen Erz zu bestimmten Preisen abzunehmen. Die Verträge erwiesen sich im Laufe der Jahre und besonders in der Krise als eine ungeheure Belastung für die deutsche Eisenindustrie. Das Erz musste auf Lager genommen werden, die Vertragspreise verteuerten die Produktion in starkem Ausmass. Jetzt haben sich die Schweden bereit erklärt, die Lieferung für das Jahr 1931, die bis jetzt noch nicht erfüllt ist, zu streichen

---

SPD. Washington, 21.November (Eig.Dr.)

Ein aus bekannten Persönlichkeiten der amerikanischen Südstaaten zusammengesetztes unparteiisches Komitee hat der Öffentlichkeit jetzt einen Bericht über amerikanische Lynchjustiz vorgelegt, der in seiner kühlen Sachlichkeit ein vernichtendes Urteil über die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in den Vereinigten Staaten darstellt. Danach sind von 1889 bis 1931, also in 42 Jahren, genau 3693 menschliche Wesen einer brutalen Lynchjustiz zum Opfer gefallen, ohne dass einer von diesen hingemordeten Negern gesetzlich verurteilt, ja auch nur seiner gesetzlichen Schuld überführt war. Nach den Feststellungen der Kommission kann nicht einmal von der Hälfte der Lynchopfer mit Sicherheit behauptet werden, dass es sich bei ihnen um die wirklich Schuldigen handelte. Allein 1931 wurden 21 Personen gelyncht; bei zweien steht mit absoluter Sicherheit die völlige Unschuld an dem ihnen zur Last gelegten Sittlichkeitsverbrechen fest, während bei elf die Schuldfrage zum mindestens ausserordentlich zweifelhaft erscheinen muss. Ein Neger wurde aus politischen Gründen von einer

feindlichen Gruppe gelyncht, und ein anderer, um sein Erscheinen vor Gericht und damit eine belastende Zeugenaussage gegen einen angeklagten Weissen zu verhindern.

Die Kommission hebt mit Recht hervor, dass die politische Bedeutungslosigkeit des Negers der Hauptgrund an dem geringen Interesse sei, das die staatlichen Ordnungsbehörden an seinem Schutze oder der Verfolgung der Lynchmeute nehmen. In zahlreichen Fällen handelte es sich um bewusste falsche Anschuldigungen um den aus dem einen oder anderen Grunde unbequemen Neger durch Lynchjustiz aus dem Wege zu schaffen. Der Bericht fordert ein Bundes-Strafgesetz gegen Lynchverbrechen, aber wer die Geistesverfassung der amerikanischen gesetzgebenden Körperschaften kennt, weiss, dass bis zur Durchsetzung dieses wünschenswerten Gesetzes noch eine ganze Menge Wasser den Mississippi herunterlaufen wird.

SPD. Der Wohnungsausschuss des Reichstags wählte am Sonnabend an Stelle seines bisherigen nationalsozialistischen Vorsitzenden Dr. Fabricius, der sich mit seiner Fraktion weigert, an den Ausschussitzungen teilzunehmen, mit neun gegen fünf Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen den sozialdemokratischen Abg. Lipinski zum Vorsitzenden.

Gegen die Vornahme der Wahl durch Mehrheitsbeschluss des Ausschusses protestierten die Kommunisten, weil dadurch der bisher übliche Turnus durchbrochen werde, der jeder Partei nach Massgabe ihrer Stärke und der Anzahl der Reichstagsausschüsse ihre Vorsitz-Ansprüche in den Ausschüssen nach objektivem Zahlensystem sichere. Durch Uebergehung dieser turnusmässigen Bestimmung des Vorsitz-Anspruches jeder Partei werde den Kommunisten überhaupt jede Möglichkeit genommen, in den Ausschüssen einen Vorsitz zu erlangen.

Die Angelegenheit wird noch einmal im Ältestenrat des Reichstags zur Beratung kommen. Vorläufig übernahm Abg. Lipinski entsprechend dem Mehrheitsbeschluss des Ausschusses den Vorsitz.

SPD. Aachen, 21.November (Eig.Drahtb.)

In Aachen kam es zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu einem blutigen Zusammenstoss. Zwei Nationalsozialisten wurden schwer verletzt; einer ist seinen Verletzungen inzwischen erlegen.

SPD. Der Finanzausschuss der französischen Kammer hat der Erhöhung der Einfuhrsteuer zugestimmt. Der Beschluss bedeutet eine wesentliche Erhöhung der französischen Zölle. Die Einfuhrsteuer für Fertigwaren wird von 2 auf 6 Prozent erhöht und die für Halbfertigwaren von 2 auf 4 Prozent. Die Regierung erwartet von dieser Erhöhung eine Mehreinnahme von 400 Millionen Franken.

SPD. New York, 21.November (Eig.Drahtb.)

Die Regierung plant die Erhebung von Ausgleichszöllen auf britische Einfuhrwaren entsprechend den Zöllen, die England auf amerikanische Erzeugnisse erhebt, anzuordnen. Eine entsprechende Verordnung soll sofort erlassen werden.

Gifthändler Müller.

Prozess gegen 23 Rauschgiftschmuggler in Basel - Die Leiter des "Welttrusts" - Das organisierte Laster.

SPD. Basel, 20. Nov. (Eig. Ber.)

Vor dem Strafgericht in Basel findet in diesen Tagen ein interessanter Prozess statt. 23 Personen verschiedener Nationalität sind des Rauschgiftschmuggels angeklagt. Hauptbeschuldigter ist der aus Deutschland stammende Chemiker Dr. Fritz Müller. Müller liess in seinem Laboratorium für etwa 1½ Millionen Schweizer Franken Kokain und Heroin herstellen und durch die anderen Angeklagten ins Ausland schmuggeln - insbesondere nach Aegypten, Japan und Südamerika. Durch das Verfahren ist man einem über die ganze Welt verbreiteten Schmugglerkonzern für Rauschgifte auf die Spur gekommen. Darüber hinaus gewährt der Baseler Prozess interessante Einblicke in das "System" dieses Konzerns.

Heroin statt Kaltleim.

Der 53jährige Dr. Fritz Müller ist - wie er bei seiner Vernehmung angab - Sohn eines Lehrers; er stammt aus Breisach im Breisgau. In Berlin war er Assistent des Kaiser-Wilhelm-Instituts und gleichzeitig Experte für Nahrungsmittelfälschungen im Polizeipräsidium. Nach dem Krieg übernahm er ein chemisches Laboratorium in Basel. Hier hat er zahllose Mengen von Rauschgift hergestellt und vertrieben oder aus anderen Quellen bezogen und weiterverschoben. Die Geschichte kam ans Tageslicht, als im Oktober des Jahres 1929 auf dem Dampfer "Esperia" in Genua die italienischen Behörden 8 Kisten entdeckten, die statt des deklarierten Kaltleims 10 Kilogramm Heroin im Werte von 100 000 Mark enthielten. Der Adressat, ein Kaufmann in Kairo, verriet seinen Lieferanten; es war Dr. Müller. Die weiteren Ermittlungen führten zur Entlarvung und Verhaftung der Helfer des Gifthändlers.

Die "Generaldirektoren".

Hauptbeteiligte an diesem Welttrust für Rauschgiftherstellung und Rauschgiftschmuggel - aber nicht Prozessbeteiligte! - sind zwei dunkle, fast mystische Personen: ein Russe, Raskin mit Namen, der offiziell in Wien wohnt, aber fast nie dort zu erreichen ist, und ein Japaner, Mashayoso, der in Kobe in Japan beheimatet ist.

Nach den Feststellungen der Opiumkommission des Völkerbundes ist Raskin aller Wahrscheinlichkeit nach Hauptorganisator des Vertriebs von Rauschgiften nach Europa und Amerika. Er besitzt eine eigene chemische Fabrik im Elsass und verfügt ausserdem über Anteile an der chemischen Produktion drogenherstellender Länder Europas. Er war es auch, der die Verbindung mit dem Chemiker Dr. Fritz Müller gehalten hat, der sich jetzt in Basel verantworten muss. Von Müller aus liefen wiederum die Fäden des Rauschgifthandels zur Hamburgischen Tamara-Handels-Gesellschaft, die die verbotene Fracht nach USA beförderte.

Der Japaner Mashayoso beherrscht den gesamten Rauschgifthandel Asiens und Nordafrikas. In China, Japan, Indien, Persien, Indochina in der Mongolei gibt es keine Lasterhöhle, in der nicht seine Agenten sitzen und Rauschgifte vertreiben. In Japan sind sogar besondere Geisha-Organisationen von ihm ausgehalten worden, die Schlepperdienste für die Rauschgifthändler leisten mussten. Den Drogenhandel des Orients versorgt der Japaner mit selbsthergestelltem Material. Soweit bisher festgestellt werden konnte, besitzt er an der türkischen Küste drei grosse Roh-Opiumfabriken, in denen alle Rohstoffe erzeugt werden, die für

den Gifthandel notwendig sind. Man schätzt,dass er allein nach dem Orient jährlich etwa 5 ooo Kg Morphium und 9 ooo Kg Heroin liefert. Die tatsächliche Menge der von ihm hergestellten Rauschgifte ist um ein Vielfaches höher,da auch europäische und amerikanische Rauschgifthändler einen wesentlichen Teil ihrer Drogen von ihm beziehen.

Das Gepäck des Kommissars.

Die Schmugglerorganisationen des Welttrusts für Rauschgifthandel arbeiten mit den raffiniertesten und unglaublichsten Mitteln. Der Oberkommissar für Palästina, selbst Mitglied des Internationalen Komitees zu Bekämpfung des Rauschgifthandels, reiste vor einiger Zeit nach Kairo. Bei der Durchsuchung seines Salonwagens fanden Zollbeamte in seinem Gepäck und in den Polstern seines Wagens erhebliche Mengen Kokain versteckt. Die Untersuchung ergab,dass in der Begleitmannschaft des Kommissars sich auch Rauschgifthändler befanden,die seit Jahren diese günstige Gelegenheit ungehinderten Transportes der Giftdrogen nach Aegypten benutzten.

In einem anderen Falle beschlagnahmte man auf einem Dampfer in Marseilles Stückgut. Man vermutete eine Sendung des Japaners Mashayoso. Es waren Säcke voller Walnüsse. Bei genauerer Untersuchung der Nüsse stellte sich heraus,dass jede einzelne Nuss mit Opium gefüllt war.

Auf einer der Karawanenstrassen,die sich vom persischen Golf her ins Innere Asiens ziehen, fiel vor einiger Zeit das besondere Gebahren der Derwische auf. Sie hausten in den Karawansereien als religiöse Eiferer aus der Sekte der Feueranbeter. Als man ihr lumpenhaftes Gepäck durchsuchte,wurden beträchtliche Mengen Rauschgift gefunden, die auf diese Art und Weise tief nach Asien hinein verfrachtet wurden. Der Japaner konnte sich wahrhaftig keine besseren Schmuggler für den Orient aussuchen, als diese Religionsfanatiker,die überall in Asien Zutritt haben und auf diesem Wege unbeobachtet die Drogen vertreiben konnten.

4 ooo verurteilte Aegypter!

Besonders verheerend hat sich die Wirkung des Rauschgiftes in Aegypten gezeigt. Die giftigen Drogen werden durch die Sinai=Wüste eingeschmuggelt.In diesem weiten Gebiete ist der Schmuggel kaum zu bekämpfen,und so kommt es,dass der Rauschgifthandel in Aegypten seine tollsten Blüten treibt. Allein im vergangenen Jahre sind in Aegypten 1200 Kg Heroin beschlagnahmt worden. Die Behörden schätzen selbst, dass die Einfuhr an Rauschgiften jährlich mehr denn 10 ooo Kg beträgt. Von den dreizehn Millionen Einwohnern des Landes sind nach amtlicher Schätzung etwa eine halbe Million Menschen den Rauschgiften verfallen. Die ägyptischen Gesetze ermöglichen ein scharfes Vorgehen gegen die Verbraucher giftiger Drogen. Im Jahre 1929 wurden allein 4 ooo Personen wegen Rauschgiftkonsums abgeurteilt. Aber trotz der drakonischen Massnahmen der Regierung greift das Laster immer weiter um sich,nicht nur Männer,sondern auch Frauen und Kinder sind schon davon befallen.

+

Trotz genauer Kenntnis der internationalen Organisation der Rauschgifthändler war bisher eine wirksame Bekämpfung kaum möglich. Die türkische Regierung erklärte sich ausserstande,die Produktion des Japaners Mashayoso lahm zu legen. Der Schmuggel an der kleinasiatischen Küste wird mit der besonderen geographischen Beschaffenheit des Küstenstriches in Zusammenhang gebracht.Der Hauptgrund aber wird darin liegen,dass an der Herstellung des Roh=Opiums grössere Kreise beteiligt sind und dass diese Produktion eine wesentliche Einnahmequelle einflussreicher Persönlichkeiten darstellt.

In Basel hat sichein wichtiger Verbindungsmann internationaler Rauschgifthändler zu verantworten. Aber die wirklichen Drahtzieher dieser ganzen Organisation sitzen hinter der Gerichtsfront.Sie sind in Sicherheit. Man spricht von ihnen - aber man spricht nicht ihr Urteil.

+ + +

"Ein blödsinniges Zeug".

Eine Calmette=Warnung, die leider niemand ernst nahm.

SPD. Lübeck, 21. Nov. (Eig. Drahtb.)

In der Sonnabend=Verhandlung des Calmette=Prozesses wurde der Zeuge Dr. Jannasch gefragt, ob man bereits vor der Sektion des Kindes Schwarz (26. April 1930) irgend jemandem mitgeteilt hätte, dass sich bei den BCG=Kindern Schädigungen gezeigt haben. Dr. Jannasch: Vom 15. März bis zum 28. April 1930 war ich auf Urlaub. Irgend welche Verdachtsäusserungen habe ich vor Antritt meines Urlaubs nicht gehört. Erwähnen muss ich allerdings, dass mir Dr. Wosnitzky, damals Assistenzarzt in der chirurgischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses, einmal burschikos sagte: "Das Calmette=Mittel ist ein blödsinniges Zeug. Das Mittel macht ja die Kinder krank, sie spucken ja so!" Ich habe diese Aeusserung nicht ernst genommen. Ich hatte den Eindruck, Dr. Wosnitzky wollte mich ärgern." Die Staatsanwaltschaft und Dr. Wittern beantragten Dr. Wosnitzky als Zeugen zu laden.

Eine absolut konkrete Warnung hatte die gleichfalls als Zeugin vernommene Krankenwärterin Lademann von der Lübecker Entbindungsanstalt geäussert. Bereits am 7. oder 8. März 1930 hatte sie eine Bekannte vor der Fütterung gewarnt. Sie glaubte das schlechte Aussehen der mit BCG. gefütterten Kinder mit der Fütterung selbst in Zusammenhang bringen zu müssen. Eine andere Schwester riet ihr daraufhin, "solche Aeusserungen" nicht zu tun; sie könnten die sofortige Entlassung zur Folge haben....

Oberarzt Dr. Walcker vom Allgemeinen Krankenhaus bekundete, dass ihm bereits Anfang März 1930 die angeklagte Schwester Anna Schütze mitgeteilt hätte, dass sich bei der Durchführung des Calmette=Verfahrens Schwierigkeiten ergeben hätten. Dr. Walcker glaubte nicht an eine Schädigung infolge der Fütterung, sondern vermutete, dass der Widerstand der Schwestern auf die Anordnung zurückzuführen sei, die Kinder schon um 4 Uhr morgens zu füttern.

Während der Vernehmung des Leichendieners im Allgemeinen Krankenhaus, der - im wesentlichen Gegensatz zu der Aussage Dr. Wieners - angab, dass er die Sektion des Kindes Reiners selbst durchgeführt habe, kam es zu erregten Zusammenstössen zwischen den Nebenklägern und den Verteidigern, sowie zwischen Rechtsanwalt Dr. Wittern und dem Gericht. Verteidiger und Nebenkläger äusserten Zweifel an der Unbefangenheit des Gerichts. - Weiterverhandlung am Dienstag.

\+ + +

"Sklarek" in Dresden. Die Staatsanwaltschaft in Dresden liess den Verwalter der Kleiderkammer der Dresdner Strassenbahn A.G., Martin Reichert, und einen anderen Beamten, die jahrelang grosse Betrügereien verübt haben, verhaften. Besonders schwere Beschuldigungen werden gegen Reichert erhoben. Reichert soll verschiedene Lieferanten veranlasst haben, falsche Rechnungen auszustellen, indem er ihnen vorschwindelte, dass er einen Teil ihrer Lieferungen einem erwerbslosen Schneider übertragen müsse, dessen Rechnungsbeträge sie mit in ihre eigenen Rechnungen aufnehmen sollten. Ohne weiteres folgten die Firmen diesem Vorschlag, statt diese Zumutung, deren betrügerischer Charakter auf den ersten Blick erkennbar ist, abzulehnen und Anzeige zu erstatten. Nach den bisherigen Feststellungen hat Reichert auf diese Weise grosse Beträge erschwindelt. Die Höhe des Schadens konnte noch nicht festgestellt werden. Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft erstreckt sich auch auf die beteiligten Firmen.

\+ + +

80 000 Mark unterschlagen. Zwei Bürobeamte der Israelitischen Gemeindeverwaltung in Dresden werden beschuldigt, im Laufe der letzten Jahre 80000 Mark unterschlagen zu haben.

\+ + +

Katzenellenbogen schwerkrank. Der gegen die Kautionsleistung von 100000 Mark aus der Untersuchungshaft entlassene Schultheiss=Generaldirektor Katzenellenbogen ist an einem Darmleiden schwer erkrankt und musste in die Berliner Charité überführt werden. Die Staatsanwaltschaft hat die Ueberwachung Katzenellenbogens in der Charité durch Polizeibeamte angeordnet.

+ + +

Ehrung Annette Kolbs. Die Schriftstellerin Annette Kolb wurde vom Kuratorium der Gerhart Hauptmann=Stiftung durch Verleihung des diesjährigen Gerhart Hauptmann=Preises geehrt. Die Preisträger früherer Jahre waren Robert Musil, Max Hermann=Neisse, Heinrich Hauser und Jacob Haringer.

+ + +

Aufgefundene Meisterwerke. Bei Erdarbeiten in der Nähe von Moskau wurden mehrere festverschlossene Blechbehälter gefunden, die sorgfältig zusammengerollt, fünf im Jahre 1927 auf der Moskauer Gemäldegalerie gestohlene Bilder enthielten: den "Christus" von Rembrandt, "Ecce homo" von Tizian, "Die heilige Familie" von Correggio, den "Apostel Johannes" von Carlo Dolci und die "Leiden Christi" von Pisano. Mehrere Personen, die mit dem Diebstahl in Zusammenhang gebracht werden, wurden verhaftet. Da die Bilder mit einer besonderen chemischen Substanz überzogen worden sind, haben sie unter der Feuchtigkeit nicht gelitten.

+ + +

"Vitamin D". Nach vierjähriger Arbeit gelang dem Göttinger Professor Adolf Windaus die Herstellung des Anti=Rachitikums "Vitamin D" in reinem kristallisierten Zustande. Das Vitamin D ist überaus wichtig zur Bekämpfung der englischen Krankheit.

+ + +

Nazi=Praxis. Intendant Otto Wilhelm Lange vom nationalsozialistischen "Deutschen Nationaltheater" in Berlin hat den Schauspieler Leopold Biberti entlassen. Biberti, der in dem von Lange aufgeführten nationalsozialistischen Propagandastück eine Hauptrolle spielte, hatte sich über die nationalsozialistischen Propagandareden beschwert, die von den Naziabgeordneten Goebbels und Hinkler vor Beginn der Aufführungen im Theater gehalten worden waren. Biberti wies darauf hin, dass den Schauspielern bei Beginn ihres Engagements gesagt worden wäre, dass das Theater zwar "national eingestellt", aber überparteilich sei. Lange erwiderte, dass das Theater jetzt diese Ueberparteilichkeit aufgegeben habe und von der Nationalsozialistischen Partei abhängig sei.

+ + +

Grubenkatastrophe. In einem Kohlenbergwerk in der Nähe von Doccaster (England, Grafschaft York) ereignete sich ein schweres Explosionsunglück. 24 Bergleute wurden getötet, etwa 30 schwer verletzt.

+ + +

Bestochene Journalisten? Ein Wiener Abendblatt behauptet, dass nach dem Zusammenbruch der Oesterreichischen Creditanstalt im Mai dieses Jahres auf Veranlassung der Leitung der Bank an einige Zeitungsverlage und Journalisten 300 000 Schilling als Beruhigungs= und Schweigegeld gezahlt worden seien. Die Standesorganisationen der Wiener Journalisten sind bemüht, die Angelegenheit aufzuklären. Ausserdem beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft mit der Sache.

+ + +

Ermordung eines 108=Jährigen. In Wolka (Polen) ist ein 108=jähriger Bettler mit einer Axt erschlagen worden. Die Leiche wurde auf dem Boden des Hauses gefunden, in dem der Bettler seit einigen Jahren wohnte. Zwei Hausbewohner wurden der Tat verdächtigt in Haft genommen.

Wirtschaft Technik Handel

Die englischen Zölle.

50 Prozent Wertzölle auf zahlreiche Fertigwaren.

SPD.Aufgrund des Antidumpinggesetzes hat der englische Handelsminister Ende der verflossenen Woche die angekündigten englischen Wertzölle veröffentlicht. Sie sind schlimmer ausgefallen, als zu befürchten war. Für einen erheblichen Teil industrieller Fertigwaren sind Wertzölle in Höhe von 50% in Kraft gesetzt worden, die ab Mittwoch den 25.November wirksam werden. Nicht bloss die bereits für einige Fertigwaren bestehenden Schutzzölle, so für Messerschmiedewaren, keramische Waren, Stoffhandschuhe, Packpapier, sind von ihrem bisherigen Satz von 33 1/3% auf 50% erhöht worden, sondern der Kreis der zollpflichtigen Waren ist ganz wesentlich erweitert worden.

Für weite Gebiete der Textil- und Bekleidungsindustrie, si für die Wollwirkwaren und Leinenindustrie, ferner für die Herrenkonfektion und Lederhandschuhindustrie, ist der exorbitant hohe Zollschutz von 50% geschaffen worden. Desgleichen werden Wertzölle in Höhe von 50% auf die Einfuhr von Werkzeugen, Schreibmaschinen, Linoleum, Teppichen, Radioapparaten, kosmetischen Waren, Gummireifen u.a. mehr gelegt.

Nach den bisherigen Londoner Pressekommentaren sollen die zollgeschützten Waren nach den Einfuhrzahlen von 1930 eine Wertsumme von zirka 600 Millionen Mark umfassen. Das entspräche etwa 10% der englischen Fertigwareneinfuhr von 1930. Jedoch handelt es sich u.E. bei dieser Angabe noch um eine Unterschätzung. Nach den Einfuhrziffern der ersten zehn Monate des laufenden Jahres dürften von nun an etwa 15% der englischen Fertigwareneinfuhr mit dem 50prozentigen Wertzoll belegt sein. Dieser Zollsatz dürfte zuzüglich der 20prozentigen Pfundentwertung auf zahlreichen Gebieten prohibitiv, wie eine Einfuhrsperre wirken. Nur solche deutschen Exportwaren, die schon bisher aufgrund ihrer Qualität und Beliebtheit für den englischen Markt unentbehrlich sind, werden möglicherweise über diese erhöhten Zölle hinwegkommen.

Von den englischen Zöllen werden in erster Reihe die kontinentalen Länder, insbesondere Deutschland, die Tschechoslowakei und Oesterreich, aber auch Frankreich und Belgien stark betroffen. Besonders schwer sind die Auswirkungen für die deutsche Exportindustrie. Die deutsche Ausfuhr nach England betrug in den ersten drei Quartalen 1931 = 800 Millionen Mark. Auf die mit dem neuen Wertzoll belegten Waren entfallen hiervon zirka 150 Millionen Mark, also fast 20% der deutschen England-Ausfuhr. Einen ganz schweren Schlag erhalten einzelne Zweige der deutschen Textilindustrie, insbesondere die sächsische Strumpfindustrie, die Limbacher Stoffhandschuhindustrie und die Wollindustrie. Von der grossen deutschen Ausfuhr an Kunstseidestrümpfen nahm England bisher die Hälfte ab, von dem Export an Stoffhandschuhen etwa ein Drittel. Mehr als 40 Millionen Mark betrug in den ersten neun Monaten die Ausfuhr an Wollstoffen und sonstigen Wollgeweben nach England. Aber auch zahlreiche andere Industriezweige und deren Arbeiterschaft werden unter den Folgen der englischen Zollmassnahmen zu leiden haben.

Nun muss man noch berücksichtigen, dass es sich bei den bisher in Kraft getretenen Massnahmen nur um die ersten Zollankündigungen handelt und es ist zu befürchten, dass noch weitere Zollmassnahmen, insbesondere zugunsten der englischen Schwerindustrie folgen können.

Für England bedeutet dieses neue Zollbukett einen Bruch mit der bisherigen Tradition der weitgehenden Aufrechterhaltung des Freihandels. Von Englands Uebergang zu einem übersteigerten Protektionismus sind aber die ärgsten Rückwirkungen hinsichtlich Abwehrmassnahmen und weitergehender Absperrung im gesamten Aussenhandel zu befürchten. Nun muss man freilich England zugute halten, dass die englische Volkswirtschaft sich infolge des riesenhaft angeschwollenen Defizits der Handelsbilanz in einer gefahrvollen Lage befindet. Die englischen Ausfuhrverluste betragen in den laufenden zehn Monaten 3 1/4 Milliarden Mark. Das Defizit der englischen Handelsbilanz erreichte im gleichen Zeitraum die Riesenziffer von 7 Milliarden Mark. Trotzdem ist der Weg, der hier eingeschlagen wird, falsch und kann auch für England mehr Schaden als Nutzen stiften. England ist nach seinen grossen Exportverlusten in Uebersee mehr als je auf den festländischen Absatz angewiesen. Die kontinentalen Länder werden die übersteigert protektionistischen Massnahmen Englands sich nicht gefallen lassen. Völlig vergeblich wäre es freilich, den Versuch zu machen, wie es hier und da von der deutschen Industrie empfohlen wird, durch weiteren Lohndruck die englische Zollbarriere zu überspringen. Dies erscheint angesichts der Höhe der englischen Zölle von vornherein aussichtslos und selbst, wenn es zeitweilig gelänge, so wäre die voraussichtliche Folge, dass England durch weitere Zollsteigerung sich zur Wehr setzt. Also eine Schraube ohne Ende.

Die englischen Notzölle gelten zunächst nur für 6 Monate. Eine endgültige zollpolitische Entscheidung Englands ist noch nicht gefallen und ist, so lauten die englischen Meldungen, nicht vor Anfang nächsten Jahres zu erwarten. Die Zwischenzeit muss zu internationalen Verhandlungen ausgenutzt werden. Die englischen Massnahmen sind ein neues Zeichen, dass die europäische Kredit- und Währungskrise beschleunigt bereinigt werden muss, wenn nicht ein völliger Zerfall der internationalen Austausch- und Wirtschaftsbeziehungen und eine weitergehende Isolierung der Länder eintreten soll, die zwangsläufig zur Verschärfung der Krise und zur Verarmung führen müsste.

SPD. Der neue Reichskommissar für Osthilfe, der Reichstagsabgeordnete Schlange-Schöningen, hat mit seiner Notverordnung die Dinge in der Landwirtschaft, insbesondere in der Landwirtschaft Ostdeutschlands, vollständig auf den Kopf gestellt. Was sich im Anschluss an die Notverordnung entwickelt hat, ist eine einzige Warnung vor der eingerissenen Regiererei mit Notverordnungen und ein Beweis für die Notwendigkeit der parlamentarischen Regierung und der parlamentarischen Kontrolle.

Die Notverordnung hat der Reichskommissar mit dem Hinweis begründet, die Ernährung des deutschen Volkes sicher zu stellen. Man kann heute nur sagen, dass die Auswirkungen der Notverordnung die Ernährung des deutschen Volkes bedrohen und gefährden. Bei diesen Auswirkungen handelt es sich um die Bestimmung in der Notverordnung, wonach die Landstellen die Schulden bei landwirtschaftlichen Betrieben im Osthilfegebiet in einem Einheitswert über 40 000 Mark um 50 Prozent herabsetzen und die Zinsen bis auf 4,5 Prozent reduzieren können. Wenn es also hart auf hart geht - und es ist nicht zu zweifeln, dass es in recht vielen Fällen so weit kommt - verlieren die Gläubiger nicht nur die Hälfte ihres verliehenen Kapitals, sondern auch noch die Zinsen. Betroffen ist besonders der Personalkredit. Das hat mal erst dazu geführt, dass die Bankwelt sich im Kreditgeschäft mit der Landwirtschaft in Ostdeutschland zurückhält. Man weiss nicht, was wird. Also kauft man keine Wechsel auf. Man gibt der Landwirtschaft keinen weiteren Kredit. Die Kreditzufuhr nach Ostdeutschland ist damit völlig abgeschnitten. Das gilt auch für das Warengeschäft. Die Händler, die die Landwirtschaft mit Futtermitteln usw, beliefern, wissen nicht, was aus ihren Förderungen wird. Sie sind zuerst natürlich darauf bedacht, der Landwirtschaft keinen weiteren Warenkredit zu gewähren. Im Anschluss daran haben bereits die Produktenbörsen in Breslau und Stettin geschlossen. Die Produktenbörse in Kö-

nigsberg hat einen ähnlichen Beschluss gefasst. Brennend wird auch die Frage der Belieferung der Landwirtschaft mit Düngemitteln und Kohle. Die Düngemittelsyndikate, also das Kali- und das Stickstoffsyndikat, werden in den nächsten Tagen über die ganze Angelegenheit beraten. Sehr wahrscheinlich werden sie zu ähnlichen Beschlüssen kommen wie die Getreidehändler. In diesem Zusammenhang wird die Kohle- und Düngemittelbelieferung der Landwirtschaft in Ostdeutschland mit Hilfe öffentlicher Mittel erörtert. Der ganze Unfug, der durch die unzulängliche Regelung in der Notverordnung angerichtet ist, würde sich damit zu einem Monstrum, schliesslich zu einer Riesensubvention auswachsen, die kein Mensch verantworten kann.

Durch die Schuldenniederschlagung, wie sie die Notverordnung des Reichskommissars vorsieht, werden selbstverständlich die landwirtschaftlichen Genossenschaften betroffen. Die Genossenschaften haben auch bereits erklärt, dass die in der Notverordnung angewandten Methoden zu Zusammenbrüchen von landwirtschaftlichen Genossenschaften im Osthilfegebiet führen müssen. Damit wäre dem Osthilfegebiet eine Hilfe genommen, deren die Landwirtschaft im Osten dringend bedarf. Andererseits liegen die Dinge so, dass die Gelder, die die landwirtschaftlichen Genossenschaften im Osten durch die Bestimmung in der Notverordnung verlieren, durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften im Westen aufgebracht werden müssen. Das ist eine unerträgliche Belastung, die vor allem ungerechtfertigt ist.

Die Dinge werden sich in den nächsten Tagen weiter zuspitzen und man kann nur hoffen, dass die Notverordnung eine entsprechende Korrektur erfährt, um weiteres Unheil zu verhüten.

Fester.

(Berliner Getreidebörse vom 21. November)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Sonnabend wieder festere Stimmung. Das Angebot hat sich erneut verkleinert. Jedoch hält sich auch die Nachfrage des Handels und der Mühlen sehr zurück, sodass sich die Preise für effektiven Roggen kaum erhöhten. Dagegen konnte Weizen in prompter Ware zirka 1 bis 2 Mark mehr erzielen. Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft lagen bei der Eröffnung für Weizen die Notierungen um etwa 1 bis 1½ Mark, für Roggen um ½ bis 1 Mark fester. Im Verlaufe trat jedoch eine leichte Abschwächung ein, sodass sich die Schlussnotierungen für die Frühjahrssichten nicht voll zu behaupten vermochten. Im Mehlhandel hat sich keinerlei Bewegung gezeigt. Das Geschäft stagniert weiter und die Forderungen der Mühlen bleiben unverändert. Hafer hatte stetige Tendenz. Die Nachfrage hat sich gebessert, während das Angebot knapp blieb.

	20. November	21. November
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	225 - 228	227 - 230
Roggen	199 - 201	200 - 202
Braugerste	166 - 175	166 - 175
Futter- und Industriegerste	163 - 166	163 - 166
Hafer	147 - 152	147 - 152
Weizenmehl	28,50-32,50	28,50-32,50
Roggenmehl	27,15-29,50	27,15-29,50
Weizenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00
Roggenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 241 (Vortag 240), März 250½-250 Brief (249). Roggen Dezember 210 (209½), März 216-215½ (215), Hafer Dezember 163 (160), März 171¼ (169½).

SPD. Die Rheinschiffahrtsfirma Haniel hat einige ihrer stilliegenden Kähne an ihre älteren Schiffer vermietet. Die Unternehmerpresse ist darüber ganz gerührt. Sie rühmt das soziale Verständnis der Firma. Die Schiffer hätten nun wieder Arbeit erhalten und die Erwerbslosenversicherung werde entlastet.

Das Geschäft dabei macht die Reederei; wie die Unternehmer ja immer verdienen, wenn sie sozial sein wollen. Die Firma hat als Mitglied des Kohlensyndikats eine Transportquote in der Bergfahrt. Dagegen hat sie so gut wie gar keine Talfracht. Jetzt vermietet sie den 1350=Tons=Kahn für 10 Mark den Tag. Der Schiffer ist verpflichtet, Bergfracht nur von der Firma Haniel zu nehmen, Talfracht kann er sich suchen. Der so plötzlich "selbständig" gewordene Schiffer ist also in seiner Gewerbefreiheit arg eingeschränkt. Für die Bergfahrt zahl Haniel die übliche Fracht an den Schiffer, also heute rund 1 Mark. Haniel selbst erhält jedoch 2,50 Mark. Für eine 1300=Tons=Ladung erhält er also 3250 Mark, wovon er dem Schiffer 1300 Mark abgibt. Haniel verdient also für nichts und wieder nichts an jeder Bergfahrt 1950 Mark. Wenn das nicht "sozial" ist!

Alle Lasten gehen auf Kosten des Schiffers. Er muss sogar Havarie= und sonstige Reparaturkosten bis zu 50 Mark tragen. Durch das neue Kahnangebot soll ein Druck auf die Frachten erfolgen, denn je weniger Haniel den Schiffern an Fracht zu zahlen braucht, desto höher wird sein Ueberschuss. Fällt das Wasser, d.h. können die Kähne nicht mehr voll laden, wird die Nachfrage nach Kahnraum dringender und steigt dadurch die Tagesfracht - nun für diesen Fall ist bereits von der Firma vorgesorgt. Sie hat jetzt die Verträge gekündigt und will die Tagesmiete erhöhen. Wer zweifelt nun noch an dem "sozialen Verständnis" der Firma?

Leider ist die Not so gross, dass die Schiffer nach jedem Strohhalm greifen. Es sind vor allem Leute mit Familienanhang genommen worden, so dass Bootsleute nicht eingestellt werden. Der Tarifvertrag geht dabei vor die Hunde - aber auch die Sicherheit auf dem Rhein.

Das ganze ist ein erschütternder Beitrag zur Notlage der Rheinschiffahrt. Diese Notlage wäre ein geeigneter Beratungspunkt für das deutsch=französische Wirtschaftskomitee. Mit der Seeschiffahrt soll sich das Komitee beschäftigen. Es hiesse, die Bedeutung der völkerverbindenden Rheinschiffahrt verkennen, wenn die Not am Rhein übersehen würde.

SPD. Der dieser Tage in Kaiserslautern abgehaltene 4. Pfälzische Handwerkertag nahm gegen den Plan, die Vorstadt=Kleinsiedlung von Arbeitslosen im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchzuführen, scharf Stellung. Der Handwerkertag sieht darin nur einen Plan, dessen Wirkungslosigkeit neben dem Erfolg der Mittelvergeudung als erwiesen angesehen werden könne. Besser sei ein, wenn auch nur bescheidenes Bauprogramm mit Kleinstwohnungen. Wenn jedoch die Vorstadtkleinsiedlung durchgeführt werde, dann mache das Bauhandwerk Anspruch darauf, an der Ausführung der erforderlichen Bauarbeiten beteiligt zu werden.

SPD. Der Schlichter für Westfalen hat am Sonnabend den Schiedsspruch für die Hafenarbeiter Duisburgs für verbindlich erklärt. Da der Schiedsspruch einen Lohnabbau von 5½ % vorsieht, waren die Hafenarbeiter in Streik getreten. Er muss jetzt, damit Regressansprüche nicht geltend gemacht werden können, abgebrochen werden.

SPD. Der preussische Finanzminister Klepper erklärte gegenüber Vertretern des Preussischen Beamtenbundes zu den Gerüchten über bevorstehende weitere Gehaltskürzungen, dass nach seiner Auffassung ein neuer Gehaltsabbau als ausgeschlossen anzusehen sei, so lange nicht eine fühlbare Senkung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei.

Das dürfte nicht nur die Auffassung des preussischen Finanzministers, sondern die der preussischen Regierung sein. Kann Preussen einen neuen Gehaltsabbau verhindern? Die Beamten sind skeptisch. So betont die Zeitung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, man müsse befürchten, dass die Regierung wieder den Weg des bisher geringsten Widerstandes gehen werde, nämlich den über weiteren Druck auf die Löhne und Gehälter, also auch wieder auf die Beamtengehälter. Allerdings die Grenze sei jetzt sehr bald erreicht, wo dem einseitigen Lohn- und Gehaltsabbau schärfster Widerstand entgegengesetzt werde.

SPD. Eine Hetznotiz gegen die Arbeitslosen, deren Ursprung allem Anschein nach im Reichsarbeitsministerium zu suchen ist, macht gegenwärtig die Runde durch die Presse. Der Oeffentlichkeit wird darin kurz und bündig mitgeteilt, dass die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung seit 1924 bis einschliesslich Juli 1931 rund 11 Milliarden Mark ausmachen und bis Ende des Jahres auf rund 12 Milliarden anwachsen werden.

Was sollen solche Zahlen? Sie können in der Form, in der sie gebracht werden, Zweck haben, der Hetze gegen die Arbeitslosenunterstützung neue Nahrung zu geben. Die Zahlen selbst stimmen, aber sie sind nur dann richtig zu werten, wenn sie im Zusammenhang mit dem Volkseinkommen, mit den Gewinnen und Dividenden und auch in Verbindung mit den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten zur Arbeitslosenversicherung betrachtet werden. Tut man das, dann ergibt sich, dass die Unterstützungsmilliardenziffern auf der einen Seite nur einen Bruchteil des Volkseinkommens darstellen und auf der anderen Seite nur ein Zeichen sind für die starke Solidarität der Arbeiterschaft mit den Arbeitslosen. Im übrigen weiss heute alle Welt, dass die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung Deutschland ungezählte Milliarden erspart haben; denn ohne die Unterstützungsausgaben wäre Deutschland längst in Aufruhr und Zusammenbruch vor die Hunde gegangen.

SPD. Der Zechenverband markiert, nachdem ihm die Bergarbeiter zu verstehen gegeben haben, dass sie auf keinen Fall ein Lohndiktat der Grubenherren ab 1. Dezember hinnehmen werden, jetzt zur Abwechslung wieder einmal den Harmlosen. Seine Presse schreibt, die Kündigung der Einzelarbeitsverträge bedeute nicht eine Kampfmassnahme, sondern lediglich einen aus arbeitsrechtlichen Gründen gebotenen Schritt. Der Bergbau wolle am 1. Dezember in der Festsetzung der Löhne frei sein, bezw. erreichen, dass unter allen Umständen vor Ende des Monats eine tarifliche Regelung oder Klarheit über das Entstehen eines tariflosen Zustandes geschaffen werde. Komme es wirklich zu einem tariflosen Zustand, dann sei kaum anzunehmen, dass die noch in Arbeit stehenden Bergarbeiter sich in einen Kampf treiben lassen - auch nicht durch die Gewerkschaften.

Freiheit in der Festsetzung der Löhne - was bedeutet das anderes als Lohnabbaudiktat? Die Kündigung der Einzelarbeitsverträge soll keine Kriegserklärung sein? Warum warnt dann bereits die katholische Geistlichkeit des Ruhrgebiets vor einer unheil-drohenden Kraftprobe?